

Protokoll der Parlamentssitzung

Montag, 8. Mai 2006, 19.00 - 21.45 Uhr, Aula Primarschule Liebefeld

Vorsitz: Hofer Niklaus, SVP

Anwesend:

Antenen Peter, SP	Maibach Urs, GB
Arm Alfred, SP	Matter Brigitta, SD
Balz Christian, FDP	Mooser Barbara, FDP
Berlinger Annemarie, SP	Moser Hans, SVP
Bichsel Bernhard, jfk	Oester Daniel, jfk
Bühler Evelyn, FDP	Remund Jan, GFL
Burren Christian, parteilos	Rüeggsegger Elisabeth, SVP
Caminada Ignaz, CVP	Salvisberg Ueli, SVP
Egli Claudia, SP	Salzmann Christoph, SP
Fischli Liz, GB	Sidler Rita, SP
Graber Martin, SP	Stähli Markus, parteilos
Gysel Hermann, EVP	Staub Hugo, SP
Hänni Thomas, FDP	Staub Stephie, SP
Henggi Harald, FDP	Streiff Marco, EVP
Köhler Hanspeter, FDP	Stucki Mark, FDP
Krebs Daniel, SVP	Troxler Elsbeth, SP
Lagger Valentin, CVP	Vifian Christian, SP
Lehmann Stefan, SVP	Wyss Ursula, GFL
Mäder Anna, SP	Zwahlen Rolf, EVP

Entschuldigt: Pestalozzi Hansueli, GB

Gemeinderat:

Mentha Luc, SP, Gemeindepräsident	Sedlmayer Katrin, SP
Wilk Urs, FDP, Vizepräsident	Streiff Marianne, EVP
Ackermann Judith, FDP	Studer Ueli, SVP
Haudenschild Rita, GB	

Parlamentssekretärin: Fehlmann Anita

Protokoll: Spahr Ruth

Geschäfte	Seite
1. Protokoll	68
2. Kommissionsersatzwahlen (Schulkommission)	68
3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen 2005 Personalwesen; Präsidial- und Finanzdirektion	68
4. Alters- und Pflegeheim Lilienweg Köniz, Umbau Heimküche, Lagerräume und Esssaal Verpflichtungskredit; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	69
5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft Erfüllung und Abschreibung 0207; Präsidial- und Finanzdirektion	72
6. Postulat Egli (SP) / Krebs (SVP) betr. Altes Schulhaus Niederwangen Erfüllung und Abschreibung 0327; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	75
7. Postulat SP betr. zusätzliche Kita-Plätze Beantwortung und Abschreibung 0523; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule.....	76
8. Überparteiliche Motion GB, SP, GFL/LdU, EVP, CVP betr. Integrationsleitbild Beantwortung 0524; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule	79
9. Interpellation SP/JUSO betr. Mobilfunkantennen Beantwortung 0527; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr	83
10. Motion Deuber betr. Vorstossembargo Beantwortung 0528; Parlamentsbüro	85
11. Verschiedenes	86

Begrüssung

Der Parlamentspräsident: Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Sitzung. Ein spezieller Gruss gilt den Schülerinnen und Schülern der Klasse 9c (Klassenlehrer Hanspeter Gerber) vom Oberstufenzentrum Köniz, die heute Abend in Begleitung von Peter Neuenschwander die Parlamentsitzung besuchen.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 39 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Der Parlamentspräsident: Heute feiert Alfred Arm Geburtstag. Wir gratulieren herzlich.

Das Parlamentsbüro verlängerte die Frist für die Beantwortung der Motion 0526 betr. Bau einer Ballsporthalle bis 3. Juli 2006; Gemeinderat Ueli Studer wird unter dem Traktandum Verschiedenes kurz dazu Stellung nehmen.

Das Parlamentsbüro wurde von der Schulkommission und der Schulleitung des Hessgut-Schulhauses mittels Brief angefragt, ob allenfalls ein anderer Sitzungsort für die Parlaments-sitzungen in Betracht gezogen werden könne, da die Aula des Hessgut- Schulhauses sehr stark durch Musikunterricht beansprucht werde und das Wegräumen der Musikinstrumente jeweils sehr viel Zeit benötige. Anlässlich der Sitzung des Parlamentsbüros im Februar wurde beschlossen, die Angelegenheit für weitere Abklärungen an die Abteilung Bildung und Sport weiterzuleiten. Diese prüfte andere Standorte für die Abhaltung von Parlaments-sitzungen, wie z.B. die Aulen des OZ Köniz oder des Blindenmoos-Schulhauses in Schliern. Diese erwiesen sich jedoch alle als nicht geeignet. An der Sitzung des Parlamentsbüros vom 19. April wurde einstimmig beschlossen, die Sitzungen weiterhin in der Aula des Hessgut-Schulhauses abzuhalten. Dieser Beschluss wurde am 2. Mai 2006 der Abteilung Bildung und Sport - namentlich den Herren Stephan Dreier und Beat Wittwer - mitgeteilt, welche die Schulleitung und die Schulkommission des Hessgut-Schulhauses schriftlich informieren wird.

In einem Nachversand wurden euch die Beantwortung der Motion Deuber 0528 betr. Vorstossembargo sowie die Geschäftsplanung April 2006 bis Dezember 2006 zugestellt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Kommissionsersatzwahlen

Dieses Traktandum wird mangels Geschäften ersatzlos gestrichen.

3. Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen 2005

Personalwesen; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Harald Henggi (FDP; GPK-Sprecher): Zu diesem Geschäft gebe ich als Erstes die Empfehlung der GPK bekannt: Wir empfehlen mit 6 : 0 Stimmen, bei 1 Abwesenheit, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Zu Ziffer 1: Die Stelle 2.1 ist eine Rückumwandlung, da sich die wegen der Einführung des LIS-Leitungskatasters erforderliche, deutlich höhere Funktionseinreihung von damals bestätigt hat. Aufgrund der Erfahrungen und der nun richtigen Funktionseinreihung wird sie (rück-) umgewandelt. Die Stelle 2.2 wurde im Jahr 2003 geschaffen und sollte aufgrund des Arbeitsanfalls beibehalten und in eine unbefristete umgewandelt werden.

Zu Ziffer 2: Das Parlament kann davon Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat im Jahr 2005 in eigener Kompetenz 40 befristete öffentlichrechtliche Stellenprozente aufgehoben hat. Dies im Zusammenhang mit dem Projekt K2005.

Zum ersten Mal ist diesem Bericht der Stand der privatrechtlichen Stellenprozente zu entnehmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Eine kleine Korrektur zu Seite 4: Unter Ziffer 6.1 ist anstelle von Personalgesetz, *Personalreglement* gemeint.

Eintreten

Herr Hugo Staub (SP): Wir von der SP-Fraktion sind einerseits dankbar für die Informationen, welche uns der Gemeinderat zur Verfügung stellt und werden den beantragten Stellenumwandlungen zustimmen, wie auch von der Aufhebung von 40 befristeten öffentlich-rechtlichen Stellenprozente Kenntnis nehmen. Andererseits ist es für uns etwas schwierig, dieses Mosaiksteinchen richtig zu platzieren, die enthaltenen Informationen zu werten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. In diesem Sinne möchten wir anregen, dass sich der Gemeinderat Gedanken über die Zukunft solcher Berichterstattung macht.

Herr Christian Burren (SVP): Hugo Staub hat die Problematik angesprochen. Es ist relativ schwierig, aus den vorliegenden Informationen schlau zu werden. Ich schätze wohl den Aufwand, der dafür betrieben wurde, aber ich hoffe, dass das Projekt K2005 dazu beiträgt, in Zukunft nicht mehr über die Stellenbewirtschaftung selbst zu debattieren, sondern nur noch über die finanziellen Auswirkungen.

Detailberatung

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe Verständnis für die Aussagen der beiden Votanten. Tatsächlich sind wir im Gemeinderat ebenfalls der Meinung, dass mit dem Projekt K2005 eine Lösung für dieses Problem gefunden werden muss. Wir hoffen, dass wir Art. 66 Ziffer 14 der alten Gemeindeordnung, der bis auf weiteres in Kraft ist, überprüfen und ausser Kraft setzen und im Personalbereich mit anderen Führungsinstrumenten arbeiten können. Wir haben aber beschlossen, zuerst den Bericht über die IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) abzuwarten.

Grossmehrheitlich (Ziffer 1) und mit 39 : 0 Stimmen (Ziffer 2) fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

1. *Das Parlament beschliesst die Umwandlung der folgenden befristeten Stellen in unbefristete öffentlichrechtliche Stellen nach Art. 4 Abs. 1 des Personalreglementes:
Direktion/Richtfunktion / Stellen-%, Stellenbewilligung, Abl. Bewilligung, Umwandlung per*
 - 1.1 *DBE/Vermessung / Techn. Sachb. I, 100 %, 1.7.2002, 1.7.2006*
 - 1.2 *DBE/Abwasser / Fachspez. I, 100 %, 1.1.2001.7.2006*
2. *Das Parlament nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz 40 befristete öffentlichrechtliche Stellenprozente aufgehoben hat.*

4. Alters- und Pflegeheim Lilienweg Köniz, Umbau Heimküche, Lagerräume und Esssaal

Verpflichtungskredit; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Alfred Arm (SP; GPK-Sprecher): Im Alters- und Pflegeheim Lilienweg sollen die Heimküche, die Lagerräume und der Esssaal umgebaut, erweitert und den heutigen Bedürfnissen und Vorschriften angepasst werden. Ich gebe als Erstes die Empfehlung der GPK bekannt: Sie empfiehlt dem Parlament, dem vorliegenden Geschäft zuzustimmen. Die Sanierung und der Umbau wurden in der Kommission für soziale Fragen ebenfalls positiv beurteilt. Eine Besichtigung vor Ort und ein Gespräch mit dem Heimleiter, Herr Robert Hofer, haben uns die in den Unterlagen beschriebenen Sachverhalte bestätigt.

Kurz einige Gründe weshalb Sanierung und Umbau notwendig sind: Die räumlichen Kapazitäten stossen an Grenzen. In der Küche fehlen Abstellflächen, im Esssaal ist zu wenig Platz für die Heimbewohner vorhanden und das Alters- und Pflegeheim verfügt über zu wenig Kühlraum. Das Lebensmittelinspektorat bemängelte die hygienischen Zustände in der Küche, insbesondere den Umstand, dass die so genannten Sauber- und Schmutzzonen nicht getrennt sind. Die Mahlzeiten für den Mahlzeitendienst - der täglich ungefähr 100 Mahlzeiten ausliefert - werden in der gleichen Küche hergestellt und ausgeliefert wie das Essen für die Heimbe-

wohner. Der einzige Kühlraum im Keller ist überbeansprucht und die drei Kältemaschinen kühlen nicht mehr zufrieden stellend. Die elektrische Verteilung konnte kürzlich aufgrund eines Kabelbrandes nur noch provisorisch repariert werden. Alle Geräte sind technisch veraltet und verursachen hohe Betriebskosten. Der Esssaal verfügt über zu wenige Abstellmöglichkeiten. Diese Mängel machen den Umbau und die Sanierung notwendig. Wir unterstützen die Sanierung auch aus ökologischen Gründen: Die alten Kühlräume fressen viel Energie und die geplante moderne Anlage verfügt über eine Wärmerückgewinnung. Zudem unterstützen wir die Sanierung aus sozialen Gründen: Der Mahlzeitendienst ist wichtig für die Zukunft, denn in den neuen Räumlichkeiten können 200 bis 300 Mahlzeiten pro Tag hergestellt werden. Älteren Mitbewohnern wird somit die Möglichkeit geboten, länger in ihren eigenen vier Wänden zu wohnen. Wir unterstützen die Sanierung aber auch aus finanziellen Gründen: Die Gebäuderkosten betragen 543 Franken pro Kubikmeter. Diese Kennzahl bewegt sich gemäss Auskunft der Verwaltung im unteren Bereich. Alle Kosten für Umbau und Sanierung können in den Lastenausgleich gegeben werden. Voraussetzung hierzu ist jedoch, dass das zuständige finanzpolitische Gemeindeorgan - hier das Parlament - dem Geschäft zustimmt.

Anlässlich der GPK-Sitzung wurden kritische Fragen gestellt, wie z.B. nach dem Baupreisindex, der mit dem Stand 1. April 2004 mit 108.5 Punkten angegeben ist. Im Oktober 2005 lag er um 3.4 Punkte höher. Der Grund für die Beibehaltung des alten Indexes ist folgender: Die Offerte wurde 2004 erstellt und im Bausektor ist ein Genauigkeitsgrad von ± 10 Prozent üblich. Der Umbau der Küche war bei der letzten Sanierung des Altersheimes von 1997 bis 1999 bereits vorgesehen, wurde jedoch aus Kostengründen abgelehnt. Die beiden Projekte können nicht miteinander verglichen werden, weil damals lediglich eine Sanierung der Küche vorgesehen war, währenddem heute eine Erweiterung von Küche, Esssaal und Kühlraum vorgesehen ist.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Dieses Geschäft wurde in Zusammenarbeit zwischen den Direktionen Gemeindebauten und Soziales, Gesundheit und Schule ausgearbeitet. Zu den alterspolitischen Bereichen, welche bereits von Alfred Arm erläutert wurden, muss ich mich nicht mehr äussern und zu den baulichen Angelegenheiten wird Frau Gemeinderätin Judith Ackermann Stellung nehmen.

Eintreten

Frau Brigitta Matter (SD): Umbau und Sanierung des Altersheimes Lilienweg sind sicher notwendig und die verschiedenen schwierigen Situationen, welche sich in den Bereichen Küche, Esssaal und Kühlräume stellen, müssen behoben werden, denn sie entsprechen nicht mehr den heutigen Vorschriften. Damit das Alters- und Pflegeheim Lilienweg den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen und den hygienischen Vorschriften angepasst werden kann, bejahen die Schweizer Demokraten den Antrag des Gemeinderates. Dass damit der Mahlzeitendienst ausgebaut werden kann, ist sicher begrüssenswert.

Frau Rita Sidler (SP): Die SP-Fraktion befürwortet das vorliegende Geschäft. Uns ist besonders wichtig, dass die Erweiterung des Mahlzeitendienstes mitberücksichtigt wurde. Wir sind uns durchaus bewusst, dass hier, rein betriebswirtschaftlich gesehen, kein gewinnbringendes Geschäft vorliegt. Die sozialen und ökologischen Aspekte, der Zusatznutzen und der Bezug zum Altersleitbild sowie zur Alterspolitik der Gemeinde Köniz, sprechen aus unserer Sicht jedoch klar für dieses Geschäft. Veraltete Anlagen werden nicht nur ersetzt, sondern auch zukunftsgerichtet erweitert und bestehende Synergien genutzt. Der Mahlzeitendienst ist ein Teil von Massnahmen, die es Seniorinnen und Senioren ermöglichen, länger in ihren angestammten Wohnsituationen zu verbleiben. Zudem wird das Angebot von seniorengerechten Mahlzeiten erhöht, was wiederum ein Teil jener Massnahmen ist, mit welchen die Mangelernährung im Alter vermindert wird und somit helfen kann, einer vorzeitigen Einweisung ins Altersheim vorzubeugen. Der Mahlzeitendienst ist immer günstiger als ein Aufenthalt in einem Heim mit Hotelservice und er kann neu am Wochenende - was Versorgungslücken schliesst - angeboten werden. Die SP-Fraktion fordert, dass die neu entstandenen Kapazitäten im Mahlzeitendienst möglichst ausgelastet und die notwendigen Massnahmen dafür getroffen werden. Auch muss bei einer eventuellen Zusammenarbeit, z.B. mit Pro Senectute oder der Spitex, geregelt werden, wer das Marketing übernimmt.

Herr Marco Streiff (EVP): Seit der Eröffnung des Alters- und Pflegeheimes Lilienweg 1960 bzw. 1973, leistet es wichtige und unverzichtbare Dienste in unserer Gemeinde. An dieser

Stelle ein herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit. Wie wir wissen, wurde im Rahmen der Gesamtsanierung 1997 - 1999 aus Kostengründen darauf verzichtet, die Küche umzubauen. Nun stellt sich die Situation dermassen unbefriedigend dar, dass unbedingt gehandelt werden muss. Wir hörten bereits, was vorgenommen werden muss, um den heutigen Hygienevorschriften zu entsprechen. Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt die Förderung der ambulanten Versorgung der älteren Bevölkerung in der Gemeinde Köniz. Unter anderem befürworten wir den Ausbau des Mahlzeitendienstes. Im Bericht wurde darauf hingewiesen, dass die Nachfrage nach solchen Angeboten in Zukunft zunehmen wird. Deshalb unterstützen wir die nicht nur minimale Anpassung an die heutige Situation, welche vor allem den Heimbewohnenden zugute käme, sondern auch die Kapazitätserweiterung, von welcher die ältere Bevölkerung ausserhalb des Alters- und Pflegeheimes profitieren kann. In diesem Geschäft geht es aus unserer Sicht nicht um unnötigen Luxus, sondern um eine Notwendigkeit für heute und für die Zukunft.

Frau Barbara Mooser (FDP): Dieses Geschäft sollte aus drei Gründen angenommen werden: Erstens der Ausbau des Mahlzeitendienstes auf die ganze Gemeinde. In Wabern wird ein Mahlzeitendienst von Freiwilligen betreut und es wird immer schwieriger, diese zu motivieren. Zweitens ist der Ausbau der Küche unbedingt erforderlich. Dabei spielen nicht nur Platz, sondern vor allem Hygienegründe eine wichtige Rolle. Die heutigen Mängel sind unter Punkt 2 im Bericht und Antrag des Gemeinderates sehr gut beschrieben. Dass eine Küche, die 1973 letztmals eine Anpassung in Form von grösseren Geräten erhielt, den heutigen Vorschriften nicht mehr entspricht, liegt auf der Hand, und es ist sehr wichtig, dass die Renovation der Küche für die nächsten 20 Jahre den hygienischen Vorschriften entspricht. Drittens gehen die Kosten in den Lastenausgleich, dies aber nur, wenn das Altersheim den Vorschriften für eine Bewilligung entspricht, die - ich spreche aus Erfahrung - heute auf einem hohen Standard sind. Die Bewilligungsverfahren wurden in den letzten Jahren sehr verschärft, was aber letztlich für den Konsumenten nur von Vorteil ist. Somit steht aber mit dieser Vorlage - etwas übertrieben gesagt - auch die Existenz dieses Altersheimes auf dem Spiel. Aus all diesen Gründen wird die FDP/jfk-Fraktion dem Geschäft zustimmen.

Frau Elisabeth Rügsegger (SVP): Ich erkläre zum Voraus, dass die SVP-Fraktion dem Geschäft einstimmig zustimmen wird. Es handelt sich um ein Baugeschäft, das jedoch auch von alterspolitischer Wichtigkeit ist. Der Umbau der Heimküche ist notwendig und für uns gut nachvollziehbar, da sie den heutigen Anforderungen und den hygienischen Vorschriften nicht mehr entspricht und komplizierte Abläufe auf zwei Etagen notwendig macht. Ausserdem sind die Lager- und Kühlräume schlecht nutzbar und die elektrischen Einrichtungen benötigen unbedingt eine Sanierung. Wir begrüssen den Ausbau des Mahlzeitendienstes. Im Alter reduziert sich der Verbrauch von Nahrungsenergie, was auf einen Rückgang des Grundumsatzes und auf eine verminderte körperliche Aktivität zurückzuführen ist, und gleichzeitig nehmen Muskelmasse und Wassergehalt des Körpers ab. Aus diesen Gründen ist eine altersgerechte Ernährung sehr wichtig und hier kann der Mahlzeitendienst mithelfen, die Versorgung unserer Seniorinnen und Senioren in ihrer gewohnten Umgebung sicherzustellen. Das Projekt ist nicht gerade billig. Wir gehen aber davon aus, dass die Finanzierung gesichert ist und dem Lastenausgleich zugeführt werden kann. Positiv zu erwähnen gilt es noch, dass uns innerhalb von zwei Sitzungen drei Geschäfte vorgelegt wurden, bei welchen es um das Wohl unserer älteren Bevölkerung geht. Das zeigt uns, dass in Köniz die Anliegen von Seniorinnen und Senioren Ernst genommen werden. An der letzten Parlamentssitzung wurde von unserer Seite die schlechte Qualität der Pläne im Geschäft betreffend der Änderung von Nutzungsplan und Bauvorschriften für den Neubau der Seniorenresidenz Schloss-Strasse bemängelt. Bei dieser Vorlage kann ich hingegen im Namen der SVP-Fraktion zu den guten und gut lesbaren Unterlagen gratulieren.

Frau Ursula Wyss (GFL): 1999 wurde das Alters- und Pflegeheim Lilienweg umfassend saniert, aus Kostengründen jedoch die Sanierung des Küchentraktes nicht in Betracht gezogen. Nun kommen wir nicht mehr darum herum, diese Sanierung nachzuholen. Der heutige Küchenbetrieb entspricht einerseits nicht mehr den Vorschriften und andererseits ist die Küche zu eng und zu klein. Das Personal leistet in dieser Umgebung Bewundernswertes. Mit dem Umbau und der gleichzeitigen Erweiterung kann nebst der Verpflegung für die stationären Heimbewohnenden auch der Mahlzeitendienst ausgebaut werden. Der Mahlzeitendienst entspricht einem grossen Bedürfnis und liegt in der Altersstrategie der Gemeinde Köniz, die

beabsichtigt, dass ältere Personen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Vom Lilienweg aus kann nach dem Umbau die ganze Gemeinde mit Mahlzeiten bedient werden. Auf den ersten Blick - es wurde bereits erwähnt - scheinen die Umbaukosten hoch zu sein. In der Kommission für soziale Fragen liessen wir uns aber vergewissern, dass gespart wurde, wo es nur möglich war. Die Gebäudekosten von 543 Franken pro Kubikmeter liegen im unteren Bereich. Mich freut besonders die neue Kühlanlage mit der Wärmerückgewinnung, womit sich Betriebskosten sparen lassen. Wir von der Grünen Fraktion stimmen dem Umbau einstimmig zu.

Erlaubt mir zum Schluss folgende Bemerkung: Wir haben im Parlament innert kürzester Zeit nun die dritte Vorlage für die ältere Bevölkerung von Köniz beraten. Das passt alles zusammen, entspricht der Altersstrategie und ist gut. Wir dürfen aber daneben unsere Jungen und Familien nicht vergessen.

Frau Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Ich danke für die positiven Reaktionen zu diesem Geschäft und bin sehr froh darüber, denn der Umbau wird eindeutige Verbesserungen für das Alltagsleben der Bewohnenden des Alters- und Pflegeheimes Lilienweg bringen. Das Personal wird nach dem Umbau effizienter arbeiten können und die hohen Betriebskosten werden durch den Einsatz einer neuen Kühlanlage mit Wärmerückgewinnung sicher tiefer ausfallen. Die Investitionen sind sinnvoll und notwendig.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Auch ich danke dem Parlament für die gute Aufnahme des Geschäftes. Zu Frau Sidler: Die Auslastung des Mahlzeitendienstes hat für uns oberste Priorität. Zu Frau Mooser: Ich erwähnte bereits an der Sitzung der Kommission für soziale Fragen, dass wir nach dem Umbau flächendeckend die ganze Gemeinde durch den Mahlzeitendienst bedienen können.

Einstimmig fasst das Parlament folgenden

Beschluss

1. Für den Umbau der Heimküche, der Lagerräume und des Esssaales im Alters- und Pflegeheim am Lilienweg in Köniz wird ein Kredit von Fr. 1'847'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 320.503.0240 bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, Änderungen, die im Laufe der Bauausführung im Interesse des Werkes notwendig werden, vorzunehmen, sofern sie den Rahmen des Raumprogrammes und des Kredites nicht sprengen.
3. Dieser Beschluss steht unter Vorbehalt, dass die Kosten der Lastenverteilung zugeführt werden können.

5. Überparteiliche Motion bzw. Postulat betr. Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft

Erfüllung und Abschreibung 0207; Präsidial- und Finanzdirektion

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Ich gebe das Wort an Valentin Lagger weiter.

Herr Valentin Lagger (CVP): Als unser Gemeindepräsident Luc Mentha noch - geografisch - auf unserer Seite war, zeigte er einmal den Stein des Anstosses. Ich nehme nun nicht den Stein des Anstosses auf, sondern mache im Sinne des Gemeindehauses auf das "Glas des Anstosses" aufmerksam. Am 24. Juni 2002 forderten wir mittels einer Motion die Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft, weil der damalige GGR kurz vorher die Parzelle - auf welcher nun das Gemeindehaus steht - der Pensionskasse überschrieb. Dieser Motion war kein einfaches Leben beschieden; zuerst wurde sie in ein Postulat umgewandelt und dann passierte wenig bis gar nichts mehr. Trotzdem sind wir heute Abend sehr glücklich, sagen zu können, dass die Zeit der von der CVP/EVP/LdU-Fraktion initiierten Motion doch noch zum Erfolg verholfen hat. Wir freuen uns sehr über diesen Sieg und danken dem Gemeinderat für den nun dargelegten Umsetzungswillen.

Vorsorgerechtlich ist die heutige Rechtsform der Pensionskasse eine teilautonome eigene Vorsorgeeinrichtung der Gemeinde Köniz, verwaltungsrechtlich handelt es sich jedoch um eine nicht rechtsfähige Anstalt. Professor Locher erklärt in seinem Bericht, ich zitiere: "Aus vorsorgerechtlicher Sicht ist eine Vorsorgeeinrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit als

nicht geeignet zu bezeichnen." Das sozusagen lebendige Beispiel dafür - das Gemeindehaus Bläuacker - steht im Zentrum von Köniz. Wir übertragen in diesem Rat die entsprechende Parzelle vom Vermögen der Gemeinde Köniz in das Sondervermögen der Pensionskasse. Sollte es in diesem Zusammenhang einmal zum Streit kommen, müsste die Gemeinde Köniz, mangels Rechtspersönlichkeit der Pensionskasse, gegen sich selber klagen. Dann würde Luc Herrn Mentha sagen müssen, dass er diese Sache falsch sehe; was ein doch eher sonderbarer Umstand ist. Professor Locher geht in seinem Gutachten noch einen Schritt weiter, er erklärt deutlich: "Dass eine Optimierung der bestehenden Pensionskasse ohne Änderung der Rechtsform keine wesentlichen Verbesserungen bringt". In diesem Sinn ist die Tatsache, dass der Gemeindepräsident seit zwei Jahren nicht mehr Präsident der Verwaltungskommission der Pensionskasse ist, ein Schritt in die richtige Richtung, aber offensichtlich noch nicht ausreichend. Professor Locher hält weiter fest, dass das Leistungsrecht - die Leistungen der Pensionskasse an sich - grosszügig seien und gegen diesen Umstand nichts einzuwenden sei. Ab und zu wird das Argument gehört, eine Verselbständigung habe den Wegfall der Leistungsgarantie zur Folge. Eine Gemeinde muss in dem Fall eine Leistungsgarantie übernehmen, wenn eine Pensionskasse nicht mehr über genügend Mittel verfügt, um die Renten zu bezahlen. Professor Locher erklärt hierzu: "Mit der klaren Trennung zwischen Arbeitgeber und Vorsorgeeinrichtung wird bewirkt, dass die Beiträge und Zuwendungen des Arbeitgebers an die berufliche Vorsorge unabhängig von der rechtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Arbeitgebers bleiben. Die Zugriffsmöglichkeit der Arbeitgeberin auf das Vorsorgevermögen wird dauerhaft ausgeschlossen." Genau das muss zum Schutze der Versicherten und zur Sicherstellung der Renten auch sein.

Die CVP/EVP-Fraktion ist glücklich und dankbar, dass der Gemeinderat die Angelegenheit an die Hand nimmt. Wir nehmen höchst zustimmend Kenntnis von der Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen, stellen hierzu jedoch aus folgendem Grund einen Änderungsantrag. Wir möchten den Beschluss einerseits etwas verbindlicher formuliert haben und andererseits das Postulat noch nicht abschreiben lassen.

Antrag 1: "Der Gemeinderat wird die Pensionskasse bis zum 1. Januar 2008 in eine selbständig öffentlichrechtliche Anstalt überführen." Nach unserer Meinung genügen eineinhalb Jahre für die Erstellung eines Reglementes, wofür sicher Beispiele vorhanden sind. Zudem wurde immer wieder erklärt, dass die Pensionskasse genau zu jenem Zeitpunkt, wo es ihr mit einer Deckung weit über 100 Prozent finanziell sehr gut gehe zu verselbständigen sei, damit der Gemeinde kein Schaden entstehe.

Antrag 2: Wir empfehlen euch, die Abschreibung des Postulates nicht anzunehmen. Wir gehen davon aus, dass ein parlamentarischer Vorstoss erst dann abzuschreiben ist, wenn er definitiv umgesetzt ist.

In dem Sinne bin ich sehr froh, am 1. Januar 2008 auf die entflechtete Pensionskasse anstossen zu können.

Herr Stefan Lehmann (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vollständigen Bericht und Antrag. Bei diesem Geschäft trifft der Spruch "was lange währt, wird endlich gut" absolut zu. Im Gemeinderat scheint betreffend Ausgliederung der Pensionskasse auch ein Meinungsumschwung stattgefunden zu haben. Ich denke, der grösste Vorteil einer Verselbständigung ist die Rechtsform. Es kann nicht sein, dass Grundstücke, die eigentlich der Pensionskasse gehören, im Grundbuch - infolge der fehlenden Rechtspersönlichkeit - auf die Gemeinde Köniz eingetragen sind. Ob man die Leistungsgarantie noch geben will oder nicht, kann im entsprechenden Reglement geregelt werden. Ich bin auch der Meinung, der Zeitpunkt für die Verselbständigung sei gut, da der Deckungsgrad momentan sehr hoch ist. Das Parlament verliert etwas an Einfluss, wird aber via Finanzen weiterhin steuern können und der Gemeinderat bleibt als Arbeitgeber weiterhin im Aufsichtsorgan. Die Kosten sind in meinen Augen vertretbar. Die Verwaltung kann wie bis anhin durch gemeindeinterne Abteilungen weitergeführt werden. Die SVP-Fraktion unterstützt die Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen. Wir stimmen den beiden Anträgen von Valentin Lager zu.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Die SP-Fraktion begrüsst die Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen. Der neu

zusammengesetzten SP-Fraktion erging es ähnlich wie dem neu zusammengesetzten Gemeinderat, sie änderte ihre Meinung seit der Erstbehandlung des Geschäftes im Herbst 2004. Dem Parlament wurde für die heutige Sitzung der ganze Expertenbericht zugänglich gemacht und die Argumente des Experten überzeugten die Fraktion. Der Gutachter empfiehlt eindeutig die Umwandlung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft und es scheint uns wenig sinnvoll zu sein, ein Gutachten erstellen zu lassen und dessen zentrale Empfehlung zu ignorieren. Im Vordergrund steht für uns, dass hier eine klare Regelung vorhanden ist. Mit einer Umwandlung in eine öffentlichrechtliche Anstalt wird die Pensionskasse rechtsfähig, und im Grundbuch wird in Zukunft die wirkliche Eigentümerin eingetragen sein. Mit juristisch klaren Verhältnissen können mögliche Interessenkollisionen vermieden werden. Vergessen haben wir unsere Argumente vom Oktober 2004 allerdings nicht, wie z.B. die Aussage, dass bis jetzt alles bestens laufe und sich keine Änderung aufdränge, und wir sind noch immer froh über den Umstand, dass die Gemeinde über eine kerngesunde Pensionskasse verfügt. Gerade in solchen Momenten ist es wichtig, über mögliche Probleme nachzudenken und zu agieren und nicht erst beim plötzlichen Vorhandensein derselben, denn Prävention ist meistens die billigste Massnahme. Die Folgekosten für die Umwandlung sind im aktuellen Bericht des Gemeinderates klar aufgeführt und scheinen uns vertretbar zu sein. Die SP-Fraktion gewichtet heute die juristischen Faktoren höher als die wirtschaftlichen. Auch bei einer selbständigen Pensionskasse trägt die Gemeinde eine dauerhafte politische Mitverantwortung und die Sicherung der Leistungen der Vorsorgeeinrichtung muss oberstes Ziel sein. Der SP-Fraktion ist sehr wichtig, dass dies in der Diskussion nicht vergessen geht. In dem Sinne wird die SP-Fraktion von der Absicht des Gemeinderates zustimmend Kenntnis nehmen und der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Herr Urs Maibach (GB): Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass dieses Geschäft eine rege Vergangenheit hat. Wir von der Grünen Fraktion sehen die Problematik ein, die der Auslöser für die Einreichung der Motion bzw. des Postulates im Jahr 2002 war. Eine enge Verflechtung von Gemeindeverwaltung und Pensionskasse kann in der Tat problematisch werden und es ist deshalb sinnvoll und wichtig, mit der Überführung der Pensionskasse in eine eigene Rechtspersönlichkeit rechtzeitig klare Verhältnisse zu schaffen, damit sie ihre Interessen bei eventuellen Unstimmigkeiten verteidigen kann. In diesem Sinne unterstützen wir von der Grünen Fraktion die Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse auszugliedern. Uns ist bei der Verselbständigung der Pensionskasse sehr wichtig, dass ein gutes Reglement ausgearbeitet wird, das dem Parlament weiterhin ermöglicht, im entsprechenden Rahmen ein Mitspracherecht zu haben, damit in wichtigen Fragen nach wie vor ein gewisser Einfluss wahrgenommen werden kann. Das ist umso mehr wichtig, da die Gemeinde als Arbeitgeberin eine bleibende politische Mitverantwortung für die Leistungen der Vorsorgeeinrichtung haben wird. Uns sind einige Punkte nicht ganz klar: Die Kosten sind an sich im Bericht ausgewiesen, einige Punkte müssen aber noch näher betrachtet werden. Zum einen werden Kosten in der Höhe von 50'000 Franken für eine externe Begleitung durch ein spezialisiertes Treuhandbüro genannt, dies sei jedoch nur eine mündlich eingeholte Kostenanfrage. Wir hoffen, dass uns diese nicht wesentlich teurer zu stehen kommt. Die Handänderungskosten im Umfang von 800'000 Franken sind gemäss Auskunft des Grundbuchverwalters geschuldet, werden jedoch befreit. Auch hier hoffen wir, dass dem so ist. Wir weisen mit Nachdruck darauf hin, dass die Kosten, welche mit der Auslagerung der Pensionskasse auf uns zukommen werden, wirklich in allen Details bekannt sind, wir keine Überraschungen erleben werden und die ganze Ausgliederung finanziell problemlos tragbar ist. Das Geschäft ist aufgegleist und wir nehmen zustimmend Kenntnis von der Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse auszulagern. Der Wagen rollt jedoch erst an, er ist noch nicht in voller Fahrt, und aus diesem Grund wollen wir mit der Abschreibung noch zuwarten und werden dem Antrag der CVP/EVP-Fraktion folgen und das Postulat nicht abschreiben.

Herr Harald Henggi (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion unterstützt die Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse während der laufenden Legislatur in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen. Auf die Vorgeschichte gehe ich nicht mehr ein. Wir erklären uns jedoch vor allem sehr zufrieden mit der jetzigen Würdigung des Gutachtens von Professor Locher vom September 2003 und der geplanten Verselbständigung, die der Pensionskasse vor allem eine grössere Eigenständigkeit und eine bessere Abgrenzung zur Einwohnergemeinde bringt. Die Verwaltungskommission der Pensionskasse stimmte der Verselbständigung zu. Wir stim-

men den beiden Anträgen der CVP/EVP-Fraktion zu, dass erstens die Pensionskasse bis zum 1. Januar 2008 verselbständigt ist und werden zweitens der Abschreibung des Postulates nicht zustimmen.

Herr Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich bin sehr froh über die positive Aufnahme unseres Antrages und kann mich durchaus den Votanten anschliessen, welche einhellig der Meinung sind: Ende gut, alles gut. Der Gemeinderat konnte in seiner heutigen Zusammensetzung die Abwägung in diesem Geschäft neu vornehmen. Während der "alte" Gemeinderat die wirtschaftlichen Folgen für die Pensionskasse höher gewichtete, wollte der "neue" rechtlich saubere Verhältnisse schaffen. Das Problem liegt darin, dass die vertraglichen Verflechtungen und Verbindungen - z.B. das Gemeindehaus Bläuacker - uns über Jahrzehnte begleiten werden, was vielleicht zu gewissen Fragen und Konflikten führen kann, wenn wir alle längst nicht mehr in Amt und Würden sind und für eventuelle Konfliktfälle ist eine klare rechtliche Ausgangslage, mit welcher sich die Pensionskasse im Streitfall wehren kann, die bessere Ausgangslage. Ich muss aber deutlich sagen: Auch unsere heutige Lösung ist absolut legal und korrekt und in dem Sinn ist keine Situation vorhanden, die möglichst schnell bereinigt sein muss. Ich kann mich dem Antrag auf Nichtabschreibung des Postulates anschliessen, bitte euch aber, die Frist für die Verselbständigung der Pensionskasse per 1. Januar 2008 noch zu überdenken. Die Finanzabteilung, welche für die Verselbständigung federführend ist, hat momentan sehr umfangreiche Geschäfte zu bewältigen - die IAFP (Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung) und der Sanierungsplan 2007/2008 - und ich schlage als Kompromisslösung vor, den Termin auf den 1. Januar 2009 zu verschieben. Wenn ihr auf dem 1. Januar 2008 beharrt, muss ich erklären - das soll jedoch nicht als Erpressung verstanden werden, - dass die Ausgliederung möglicherweise teurer zu stehen kommen könnte, weil dann verstärkt externe Personen miteinbezogen werden müssen.

Herr Valentin Lagger (CVP): Nehmen wir eine gut schweizerische Kompromisslösung und einigen uns auf den 1. Januar 2009 für die Überführung der Pensionskasse in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt.

Herr Rolf Zwahlen (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt den Termin für die Ausgliederung der Pensionskasse per 1. Januar 2009 in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt.

Der Änderungsantrag von Valentin Lagger (CVP), die Pensionskasse per 1. Januar 2009 in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen, wird mit 37: 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, angenommen.

Mit 39 : 0 Stimmen (Ziffer 1) und 36 : 2 Stimmen, bei 1 Enthaltung (Ziffer 2), fasst das Parlament folgenden

Beschluss

- 1. Das Parlament nimmt Kenntnis von der Absicht des Gemeinderates, die Pensionskasse per 1. Januar 2009 in eine selbständige öffentlichrechtliche Anstalt zu überführen.*
- 2. Das überparteiliche Postulat (0207) betr. Ausgliederung der Pensionskasse in eine selbständige Körperschaft wird nicht abgeschrieben.*

Der Parlamentspräsident: Ich wünsche der Klasse 9c noch einen schönen Abend und danke für den Besuch.

6. Postulat Egli (SP) / Krebs (SVP) betr. Altes Schulhaus Niederwangen

Erfüllung und Abschreibung 0327; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Frau Claudia Egli (SP): Ursula Wyss erwähnte vorhin, man dürfe die Jungen und die Familien nicht vergessen. Das vorliegende Geschäft könnte dazu beitragen, die Jungen nicht zu vergessen. Die SP-Fraktion erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates nicht befriedigt. Als wir das Postulat vor drei Jahren einreichten, gingen wir davon aus, das alte Schulhaus - 1886 erbaut, 1892 eingeweiht, seither wurden keine grundlegenden Sanierungen mehr vorgenommen - stehe kurz vor einer Sanierung und dabei könne gleichzeitig der nicht benutzte Dachstock für öffentliche Dienstleistungen umgebaut werden, wie z.B. für eine Spielgruppe oder die Ludothek. Wir erhielten vor drei Jahren die uns nicht befriedigende Antwort des Gemeinderates, die Sanierung werde auf 2008/2009 verschoben. Am alten Schulhaus Nie-

derwangen werden lediglich die notwendigsten Unterhaltsarbeiten vorgenommen. Nun beantwortete der Gemeinderat unser Postulat dahingehend, eine grundlegende Sanierung sei voraussichtlich in den Jahren 2010/2011 vorgesehen. Die Aussage "voraussichtlich" ist sehr schwammig und die Jahre 2010/2011 sind noch sehr weit weg. Das ist schade, denn die Dringlichkeit einer Sanierung ist gegeben. Ich frage den Gemeinderat, ob das Haus durch einen Architekten geprüft wurde und ob man sich ohne Risiko darin aufhalten kann. Weshalb wird - laut Aussage des Gemeinderates - mit einer Sanierung auf die Überbauung Ried gewartet? Ausserdem benötigen die KITA und die Bibliothek eigentlich mehr Platz als bisher, denn die Raumverhältnisse sind eng. All diese Probleme könnten bei einer Gesamtsanierung des alten Schulhauses behoben werden. Nichtsdestotrotz entschied sich die SP-Fraktion dahingehend, den Antrag auf Abschreibung zu stellen, denn eine dritte Beantwortung des Vorstosses könnte unter Umständen noch kürzer ausfallen. Wir werden andere Wege suchen, um für dieses Problem Lösungen zu finden.

Herr Daniel Krebs (SVP): Die SVP-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, das Postulat abzuschreiben. Wir hoffen, dass sich der Gemeinderat weiterhin für die Möglichkeit von ausser-schulischen Benützungen im alten Schulhaus Niederwangen einsetzt, auch nach der Sanierung des Gebäudes, die gemäss Investitionsplan in den Jahren 2010/2011 stattfinden sollen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich kann einen grossen Teil des Votums von Claudia Egli nachvollziehen. Der Beilage ist zu entnehmen, dass wir euch bereits 2004 auf eine Sanierung in den Jahren 2009/2010 verträsten mussten und auch dieses Mal ist es nicht viel anders, nur wurde die Sanierung im Investitionsplan auf die Jahre 2010/2011 verschoben. Diese Verschiebungen sind auf die finanzielle Lage der Gemeinde Köniz zurückzuführen. Einiges wurde jedoch realisiert, so wurden mit allen Mietern des alten Schulhauses längerfristige Mietverträge ausgearbeitet. Jedes Jahr werden, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Gemeindebauten, alle Schulhäuser oder Bauten der Gemeinde Köniz auf ihre Sicherheit geprüft, somit auch das alte Schulhaus Niederwangen. Das Gebäude ist demnach sicher. Wir werden in Niederwangen gefordert sein, weil die Schülerzahlen schlecht einzuschätzen sind. Gerade heute erhielt ich, weil eine Familie zugezogen ist, den Antrag für die Eröffnung einer weiteren Klasse im Schulhaus Niederwangen.

Frau Liz Fischli (GB): Wir von der Grünen Fraktion sind auch skeptisch über die relativ vage Antwort des Gemeinderates. Wir weisen darauf hin, dass gerade im ausser-schulischen Bereich z.B. die Spielgruppe in der Antwort nicht erwähnt ist. Nach meiner Meinung geht die Spielgruppe fast vergessen. Da es aber für die meisten Kinder der erste ausserfamiliäre Kontakt ist, kann sie sehr wichtig für die Sozialkompetenz sein. Wir werden uns nicht gegen die Abschreibung wehren, weisen aber darauf hin, die Spielgruppe nicht zu vergessen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zu Frau Fischli: Die Spielgruppe ist in den Räumlichkeiten der Ludothek untergebracht und Diskussionen wurden geführt, die Spielgruppe allenfalls an einem anderen Ort unterzubringen. Die Gemeinde Köniz ist jedoch grundsätzlich nicht dafür verantwortlich, den Spielgruppen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. In diesem Fall wurde aber mit den Verantwortlichen zusammengearbeitet und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Mit 37 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (Herr Marco Streiff musste von 20.00 bis 21.20 Uhr die Sitzung wegen Feuerwehralarm verlassen) fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Postulat Egli (SP) / Krebs (SVP) 0327 betr. Altes Schulhaus Niederwangen wird abgeschrieben.

7. Postulat SP betr. zusätzliche Kita-Plätze

Beantwortung und Abschreibung 0523; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Martin Graber (SP): Nach drei Geschäften, welche unsere ältere Bevölkerung betreffen, kommen wir - nach dem Zwischenspiel Jugend in Niederwangen - nun zu unseren Jüngsten. Zuerst das Positive: Die SP-Fraktion freut sich über die Bereitschaft des Gemeinderates, die Kita Tabaluga um drei Plätze aufzustocken. Dieser Schritt geht sicher in die richtige Richtung. Wir sind erfreut, dass die - nun neu genannte - Direktion Bildung und Soziales (DBS) das

Gesuch für den Ausbau der Kitas der Gemeinde Köniz um total 27 Plätze und für 17'000 zusätzliche Betreuungsstunden/Jahr in der Tagespflege gestellt hat. Das ist dringend notwendig und der volkswirtschaftliche Nutzen der familienergänzenden Kinderbetreuung ist erwiesen. Damit komme ich zu einem Punkt, der uns nicht befriedigt: In der Nachbargemeinde Bern kommen auf 1'000 Einwohnende 8,7 Kita-Plätze, unsere Gemeinde - die sich sozial und fortschrittlich nennt - kommt hingegen, verglichen mit derselben Anzahl Einwohnende, gerade auf 2,2 Kita-Plätze. Wir haben demnach ein viermal schlechteres Angebot als Bern und müssen uns aus diesem Grund nicht über eine lange Warteliste wundern. Der markante Unterschied ist stossend und muss dringend korrigiert werden. Zwischen den Gemeinden Köniz und Bern sind aber auch Gemeinsamkeiten vorhanden. Die Haltung unseres Gemeinderates erinnert uns sehr stark an die momentan sehr defensive Spielweise des Fussballclubs Young Boys Bern. Unsere Gemeinde soll nach Ansicht der SP-Fraktion nicht warten, bis Ermächtigungsgesuche vom Kanton gutgeheissen werden, sondern die familienexterne Kinderbetreuung auf eigene Rechnung ausbauen. Hier müssen wir investieren, diese Kosten lohnen sich; und eine etwas offensivere Haltung wird sich auszahlen; auch Hakan Yakin erzielte schlussendlich am letzten Sonntag noch das Siegestor.

Uns stösst auch auf, dass wiederum das Wangental hinten anstehen muss und der Ausbau der Kita Piccolo vom Gemeinderat abgelehnt wird. Mit dem Ausbau der Kita Piccolo würde das Wangental als Wohnort aufgewertet und attraktiver für Familien. Auch hier sind wir für eine offensivere Strategie. Ich formulierte den Vorstoss nicht als Postulat und danke dem Gemeinderat, dass er ihn trotzdem als solches behandelte. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und gleichzeitige Abschreibung zu. Die SP wird am Ball bleiben und zu gegebener Zeit einen weiteren Vorstoss für den Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung einreichen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Auch ich sah das Tor von Hakan Yakin kurz vor Ende des Spiels und dieses stimmte mich offensiv. Am nächsten Mittwoch wird der Gemeinderat ein Geschäft für den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung vorliegend haben. Dieses Geschäft wird - hoffentlich offensiv - im Juni hier im Parlament beraten. Zur Nichtberücksichtigung des Ausbaus der Kita Piccolo im Wangental: Der Gemeinderat muss dafür besorgt sein, die Kita-Plätze dort zu schaffen, wo sie benötigt werden. Die Ablehnung des Ausbaus soll nicht heissen, dort würden keine zusätzlichen Plätze benötigt, aber die Wartelisten sind momentan im Liebefeld effektiv länger. Wir haben auch nur wenige finanzielle Möglichkeiten und wollen diese dort ausschöpfen, wo sie am notwendigsten sind. Das heisst aber nicht, dass wir im Wangental keinen Ausbau mehr vorsehen.

Herr Hermann Gysel (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion befasste sich weniger mit der Offensive als mehr mit dem massvollen und bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Plätze. Wir unterstützen den Ausbau und freuen uns, dass er speditiv erfolgen soll.

Herr Jan Remund (GFL): Kitas liegen uns Grünen am Herzen und diese Liebe soll uns auch etwas kosten. Kitas sind nicht nur gesellschaftlich wichtig, es ist sehr sinnvoll, Mittel in diesen Bereich zu investieren und ausserdem sind sie zentral für die Attraktivität unserer Gemeinde. Ein Ausbau ist sicher dringend nötig, auch im Hinblick auf den Zuzug der Firma Swisscom Mobile. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates auf Abschreibung des Postulates zu. Auch sehen wir, dass der Bedarf an zusätzlichen Plätzen in der Kita Piccolo im Wangental - wo zuerst die Planung betreffend Ried abgewartet werden soll - nicht so dringend ist wie im Liebefeld. Die defensive Antwort des Gemeinderates enttäuschte auch uns und wir sind gespannt auf die Antwort des Kantons betreffend unsere Ausbaugesuche. Aus unserer Sicht soll die Gemeinde in Zukunft aktiv werden, d.h. nicht warten, bis der Kanton Ermächtigungsgesuche bewilligt, sondern vorher Mittel für den Ausbau zur Verfügung stellen.

Herr Mark Stucki (FDP): Kinder seien eine Art Lebensversicherung, denn es sei die einzige Art, mit welcher die Menschheit eine Art Unsterblichkeit erreiche, sagte Peter Ustinov einmal. Wir Liberalen haben es nicht so mit Metaphysik, aber durchaus mit dem Blick und der Absicherung in die Zukunft. Schaut man etwas in die Zukunft, hört man beispielsweise vom Schweizerischen Arbeitgeberverband, dass in der Schweiz in etwa 15 Jahren 100'000 qualifizierte Arbeitskräfte fehlen werden. Gleichzeitig verfügen wir über ein grosses Potenzial von sehr gut ausgebildeten Frauen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss, die aber entweder gar nicht ins Berufsleben einsteigen oder relativ schnell wieder aussteigen, weil

sie - mangels externer Betreuungsplätze - ihre Kinder zuhause betreuen. Das ist finanziell und wirtschaftlich ein absoluter Leerlauf und sinnlos. Wir wissen, wie es um die Zukunft unserer Sozialwerke bestellt ist; für die demografische Lücke, die sich dort immer mehr öffnet, sind Kinder gesellschaftspolitisch, aber auch finanziell ein absolutes Muss. Soziale Realität ist auch, dass es sehr viele allein Erziehende gibt, die auf familienexterne Kinderbetreuung angewiesen sind. Dies trifft ebenso auf viele junge Familien zu, die auf ein doppeltes Einkommen angewiesen sind. Der Ausbau der Kindertagesstätte Tabaluga um drei Plätze ist nach unserer Ansicht absolut sinnvoll, vor allem, weil er einen finanziell positiven Effekt hat. Es ist auch sehr sinnvoll und nicht Zeichen einer defensiven Strategie, dass der Weiterausbau der familienexternen Kinderbetreuung in der Gemeinde Köniz aufgrund einer sorgfältigen Analyse schwerpunktmässig und nicht nach dem Giesskannenprinzip vorgenommen wird. Es ist kein Geheimnis, dass es heute, gerade bei der Ansiedlung von Firmen, durchaus ein positives Argument ist, wenn entsprechende Institutionen zur Verfügung stehen. In diesem Sinne wird die FDP/jfk-Fraktion gemäss dem Antrag des Gemeinderates der Annahme und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates zustimmen.

Herr Hans Moser (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Stellungnahme, insbesondere für seine Bemühungen, das Angebot - mit der Eingabe von höheren Ermächtigungsgesuchen bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion - ausbauen zu können. Wir sind für die Optimierung von Kosten und Nutzen und wie bereits mehrmals erwähnt, steht die SVP hinter einem bedarfsgerechten Angebot bzw. Ausbau im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung. Gesellschafts- und finanzpolitische Entwicklungen sind mitzuberücksichtigen und in die Entscheidung einzubeziehen. Die SVP-Fraktion befürwortet daher die Absicht des Gemeinderates, gleichzeitig das Betreuungsangebot im Bereich der Kita wie in der Kinderpflege auszubauen, denn ein einseitiger Ausbau von Kita-Plätzen kann der Gesamtsituation in der familienexternen Kinderbetreuung nicht gerecht werden. Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, wie wichtig das Angebot auch in der familienexternen Tagespflege ist. Meine Frau und ich sind seit Jahren in diesem Bereich aktiv. Die familienexterne Pflege gewährleistet oft ein rasches und bedarfsgerechtes Reagieren in dringenden Situationen. Die SVP-Fraktion befürwortet die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Herr Daniel Oester (jfk): Auch ich bin für einen offensiven Fussball. Die Herren Andy Rihs und Bruno Marazzi sind Mäzene, die dem Fussballclub Young Boys Mittel für die Anstellung von z.B. Hakan Yakin zur Verfügung stellen. Über solche Mäzene verfügt die Gemeinde Köniz - leider - nicht. Heute wird der Gemeinderat zum zweiten Mal aufgefordert, sich etwas offensiver zu verhalten. Ich bin enttäuscht, dass vor allem von linker Seite immer wieder Forderungen gestellt, aber keine Sparvorschläge vorgelegt werden. Vor vier Monaten haben die Parlamentswahlen stattgefunden, aber alle damals gefällten Versprechungen sind längst wieder vergessen. Die Gemeinderechnung 2005 fällt nur deshalb positiv aus, weil wir - einmal mehr - Tafelsilber verkaufen. Deshalb bitte ich, in Zukunft nicht nur den Gemeinderat unter Druck zu setzen, sondern auch euch selber und etwas Phantasie beim Sparen von Geld zu entwickeln und nicht nur beim Ausgeben.

Frau Claudia Egli (SP): Ich möchte hiezu Folgendes sagen: Wenn - wie beim alten Schulhaus in Niederwangen - infolge schlechter Isolation die Umwelt beheizt wird, ist das Sparen? Betreffend Kita: Gerade in der Kita Piccolo in Niederwangen sind die Platzverhältnisse nicht rosig, so muss z.B. in einer 18m²-Küche für 18 Personen gekocht werden, und auch die Aufenthaltszimmer sind sehr klein. Die gestellten Forderungen sind aus den genannten Gründen nicht überrissen, sondern Notwendigkeit.

Frau Annemarie Berlinger (SP): Jeden Dienstag- und Mittwochmorgen fahre ich mit meinen beiden Mädchen mit dem Bus in die Stadt und bringe sie in eine private Kita, weil in der Gemeinde Köniz die Wartelisten für Kita-Plätze zu lang sind. Meistens fahren im gleichen Bus mindestens zwei Kinder mit, welche die gleiche Kita besuchen. Die Meinung, die Warteliste für die Kita Piccolo sei zu wenig lang, um neue Kita-Plätze zu schaffen, ist nicht richtig, denn, weil sich viele Eltern über das Fehlen des Angebotes in der Gemeinde Köniz bewusst sind, sind ihre Kinder auf keiner Warteliste vermerkt. Ich denke, wenn das Angebot an Kita-Plätzen ausgebaut wird, wird die Nachfrage steigen, auch im Wangental.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich bin nicht gegen einen Ausbau von Kita-Plätzen, aber wir müssen uns bewusst sein, dass wir nur deshalb in die schlechte finanzielle Lage gerutscht sind, weil in

den letzten Jahren zu wenig geplant und zu viele Begehrlichkeiten befriedigt wurden. Genau vor solchen Begehrlichkeiten, wie den Ausbau von Kita- und Tagespflegeplätzen, möchte ich warnen, das können wir uns nicht leisten.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Mit Claudia Egli streite ich nicht gern, weil wir gut zusammen auskommen. Trotzdem muss ich das von dir Gesagte von vorhin widerlegen. Gemäss deinen Aussagen könnte man der Meinung sein, die Platzverhältnisse in der Kita Piccolo in Niederwangen seien nicht den Verhältnissen entsprechend. Das stimmt so nicht und bis anhin hatten wir noch keine Reklamationen, die Verhältnisse seien nicht adäquat. Ich stelle das hier fest, damit nicht ein falsches Bild im Raum stehen bleibt, die Kinder der Gemeinde Köniz seien in nicht bedürfnisgerechten Kitas untergebracht.

Herr Christian Vifian (SP): Ich möchte gerne mit Herrn Oester ein Wortgefecht führen, aber nicht hier, sondern an einem anderen Ort, vielleicht einmal bei einem Glas Bier. Völlig richtig ist: Auch wir von der SP wissen, dass Geld zuerst erwirtschaftet werden muss, bevor es ausgegeben werden kann. Man muss jedoch aufpassen, dass nicht immer die Gleichen am gleichen Ort sparen wollen. Nicht alle in der heutigen Gesellschaft sind in der glücklichen Situation und haben die Möglichkeit, nach einer Familienstruktur gemäss traditionellem Vorbild zu leben, in welcher ein Partner - traditionell immer noch die Frau - zuhause bleibt und die Kinder betreut. Vielleicht verdient ja auch die Frau mehr und der Mann bleibt zuhause. Das ist jedoch nicht das von uns angestrebte Modell und wir haben vorhin von Mark Stucki gehört, dass viel Geld verloren geht, wenn die von ihm genannten Fachkräfte nicht im Erwerbsleben gehalten werden können. Unsere Meinung ist, dass wir an einem Ort - mit der Schaffung von zusätzlichen Kita-Plätzen - beginnen müssen, den Kreis zu durchbrechen. Vielleicht sind Sie, Herr Oester, einmal in der glücklichen Lage, dass - dank eines guten Jobs - die Partnerin, wenn Kinder kommen sollten, zuhause bleiben kann. Sollte dies der Fall sein, danke ich schon jetzt für die Kosten, welche der Gemeinde dann nicht anfallen werden

Mit 38 : 0 Stimmen fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Das Postulat SP betr. zusätzliche Kita-Plätze (0523) wird erheblich erklärt und abgeschrieben.

8. Überparteiliche Motion GB, SP, GFL/LdU, EVP, CVP betr. Integrationsleitbild
Beantwortung 0524; Direktion Soziales, Gesundheit und Schule

Herr Ignaz Caminada (CVP): Da der Erstunterzeichner nicht anwesend ist, hätte ich als Zweitunterzeichner das Privileg, diese Motion zu vertreten. Weil alle Unterzeichnenden auf das Wort verzichteten, hat somit Liz Fischli - welche bei der Ausarbeitung der Motion mitgeholfen hat, damals aber noch nicht im Parlament war - die Möglichkeit, diese hier zu vertreten.

Frau Liz Fischli (GB): Ich danke allen Mitunterzeichnenden, dass ich die Motion hier vorne vertreten darf, denn tatsächlich haben Hansueli Pestalozzi und ich diese Motion erarbeitet. Wir haben dazu mit ausländischen und eingebürgerten Einwohnenden der Gemeinde Köniz gesprochen, sowie mit Sozialarbeitenden und erhielten viele Rückmeldungen. Wir danken dem Gemeinderat für seine Antwort und sind erfreut, dass er ebenfalls der Meinung ist, die Integrationsaufgabe solle angepackt werden und sei grundsätzlich und mit Überzeugung anzugehen. Nicht erst, aber verstärkt, seit diesen unsäglichen Mohamed-Karikaturen und den erdrückenden Problemen mit Jugendlichen MigrantInnen in Frankreich, erhielt das Thema Integration auch bei uns eine neue Publizität und vielerorts wurde in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Das ist gut so, denn in dieser Thematik wird eine Sensibilisierung benötigt.

Anfangs Mai veröffentlichte das Bundesamt für Migration einen über 170 Seiten starken vorläufigen Integrationsbericht. Der Bericht bezeichnet Integration richtigerweise als eigentliche Querschnittsaufgabe, die verschiedene politische Bereiche berührt. Integration gehört zu den wichtigsten Herausforderungen für ein langfristig friedliches und chancengleiches Zusammenleben der ausländischen und einheimischen Wohnbevölkerung. Umfassendes Ziel einer Integration ist dabei unbestritten das Zusammenleben in gegenseitiger Achtung und Respekt im Rahmen unserer Rechtsordnung und auf der Grundlage der Werte unserer Verfassung. Eine erfolgreiche Integration setzt den Willen der Ausländerinnen und Ausländer zur Integration voraus, so sollen sie sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbe-

dingungen bei uns vertraut machen und eine Landessprache erlernen. Integration setzt aber ebenso auch die Offenheit der schweizerischen Wohnbevölkerung den ausländischen Mitgliedern gegenüber voraus; gegenüber ihren Bedürfnissen und auch für ihre Beiträge, welche sie unserer Gesellschaft leisten. Fördern und fordern ist eine heute allgemein gängige Kurzformel für Integrationsmassnahmen und fand Eingang in die neue Integrationsverordnung auf Bundesebene. Geeignete Integrationsmassnahmen können vom Bund, von den Kantonen und von den Gemeinden wahrgenommen werden. Wichtig ist dabei die gute Zusammenarbeit mit den verschiedenen Sozialpartnern und vor allem mit den anwesenden Ausländer- und Fachorganisationen. Die Gemeinden können in folgenden Politikbereichen geeignete Massnahmen vorsehen: Schulische Ausbildung, Gesundheitsvorsorge, Gewaltprävention und Quartierentwicklung. Besonders für Quartierentwicklungsprogramme, die speziell das soziale Zusammenleben fördern sollen, sollen gemäss dem Integrationsbericht Städte und Gemeinden auf die Unterstützung von Bund und Kantonen zählen können. Sie können sich in der so genannten Tripartiten Agglomerationskonferenz, welche bereits eine nationale Tagung abhielt, austauschen und konkrete Massnahmen aufeinander abstimmen. So sind auch regionale Zusammenarbeiten und Projekte möglich.

Bei der Ausarbeitung der Motion stellten wir fest, dass in der Gemeinde Köniz einerseits bereits Vieles angeboten und gemacht wird, vor allem von der Dienststelle Asyl, welche ihre Angebote teilweise auch für MigrantInnen geöffnet hat. Andererseits fehlt es an einem Überblick. Es sind auch Lücken vorhanden. Ein Beispiel: Sucht man als ausländischer Neuzuzüger auf der Website der Gemeinde Köniz Angebote oder eine Anlaufstelle, kommt man nicht weit; unter dem Stichwort Integration oder Migration findet man nichts. Die von der Motion verlangte Erarbeitung eines Leitbildes soll helfen, Ziele und Inhalt einer Integrationspolitik festzuhalten und den Handlungsbedarf zu orten. Sie soll helfen, die Grundlagen für geeignete Instrumente und zweckmässige und nötige konkrete Massnahmen bereit zu stellen. Sie soll helfen, die Vernetzung sämtlicher Verwaltungsstellen mit Integrationsbezug zu garantieren. Sie soll helfen, im Integrationsbereich tätige ansässige Organisationen zu erfassen und einzubeziehen. Schliesslich soll sie helfen, Lücken zu erkennen und zu schliessen. Um ein praktikables Leitbild zu erhalten, das sich an den Bedürfnissen der in der Gemeinde wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer orientiert, empfiehlt sich - wie bereits erwähnt - unbedingt, das Leitbild in einem breiten Prozess zu erarbeiten und zwar unter Mitwirkung sowohl von bereits tätigen Verwaltungsstellen wie auch von ansässigen Ausländer- und Fachorganisationen. Unter Umständen kann auch über unsere Grenzen in umliegende Gemeinden hinaus geschaut werden, die teilweise bereits Leitbilder entwickelt haben und über entsprechende Fachstellen verfügen. Wir sind überzeugt, dass schon die Arbeit am Leitbild die gegenseitige Kenntnisnahme und Wertschätzung fördert und Teil eines wünschenswerten, umfassenden Integrationsprozesses ist. Wir begrüssen es auch sehr, wenn der Gemeinderat dem Parlament die nötigen gesetzlichen Grundlagen noch in diesem Jahr vorlegt. Bereits ohne Leitbild sind heute konkrete Integrationshilfen möglich. So treffen beispielsweise in den Schulen Familien und Kinder verschiedener Kulturen aufeinander. Die Schulzeit spielt unbestritten eine grosse Rolle für die Zukunft und Entwicklung auch von Migrationskindern und ihren Familien. Es gibt immer Rückwirkungen, sobald die Kinder in die Schule gehen. Es gilt, Probleme und Chancen mit geschulten Augen wahrzunehmen. So wäre es sicher denkbar, anlässlich einer Weiterbildungsveranstaltung für Schulkommissionsmitglieder und Elternräte das Thema Integration aufzugreifen und zu behandeln. Auch bei der Begrüssung von ausländischen Neuzuzügerinnen und Neuzuzügerinnen denken wir an spezifischere Informationen, denn möglicherweise können sie mit - den sonst schönen - Begrüssungsunterlagen, je nach Bildungsstand oder Herkunft nicht sehr viel anfangen und hätten vielleicht einen besseren Zugang, würden sie persönlich abgeholt. Eventuell wäre hier die Mitarbeit von Personen von Ausländerorganisationen angebracht. Wie gesagt, auf der gemeindeeigenen Website könnten unter dem neuen Stichwort Integration die bestehenden Angebote aufgelistet und sinnvoll vernetzt werden. Sicher kann das Know-how, welches in der Dienststelle Asyl erarbeitet wurde, für Integrationsmassnahmen nutzbar gemacht werden. Die GB/GFL-Fraktion Köniz empfiehlt deshalb einstimmig die Annahme der Motion. Integration ist heute eine unverzichtbare politische Aufgabe.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Auch wir von der CVP/EVP-Fraktion danken dem Gemeinderat für die positive Aufnahme der Motion. Es ist gut, dass er zuerst die rechtlichen Grundlagen für die Übernahme freiwilliger Aufgaben im Bereich Integration schaffen will und diese dem Par-

lament noch in diesem Jahr vorlegen wird. Darauf aufbauend kann das Gesamtkonzept erstellt werden. Am letzten Dienstag fand eine Pressekonferenz des Bundesamtes für Migration statt, an welcher der Integrationsbericht des Bundes vorgestellt wurde. Der Bericht ist sehr umfangreich und lesenswert. Zahlreiche Kantone haben die Stelle eines kantonalen Integrationsdelegierten geschaffen, im Kanton Bern ist dies Roland Beerli. Elsbeth Troxler und ich besuchten ihn mehrmals und diskutierten intensiv darüber, welche Aufgaben im Bereich Integration vom Kanton und welche durch die Gemeinde übernommen werden können. Neben dem Kanton kennen viele Städte verwaltungsinterne Integrationsfachstellen und es würde uns - als doch grosse Gemeinde - wohl anstehen, über eine solche Integrationsfachstelle zu verfügen. Im Integrationsbericht des Bundes ist zu lesen: "In der Regel sind die Stellen in grösseren Städten am höchsten dotiert und verfügen über mehrere Hundert Stellenprozente und Kredite in der Grössenordnung von durchschnittlich 120'000 bis 240'000 Franken." Ich stelle keine Forderungen in dieser Grössenordnung. Wir wollen klein beginnen. Ohne wissenschaftliche Abklärungen getätigt zu haben, können wir festhalten, dass durch eine gute Integration von Ausländerinnen und Ausländern auch die Gemeinde Köniz finanziell profitieren kann. Einerseits fliesst mehr Geld in die Kasse und andererseits müssen weniger Mittel für punktuelle Massnahmen ausgegeben werden. In der Motion zitieren wir das Integrationsleitbild der Stadt Rorschach, welche dieses zusammen mit Betroffenen und interessierten Kreisen ausarbeitete. Dort ist zu lesen: "Integrationspolitik setzt präventiv, ursachenbezogen sowie fördernd wie fordernd im Sinne der Entfaltung des menschlichen Potenzials an." Das Vorgehen der Stadt Rorschach sprach mich sehr an und ich möchte erwähnen, dass ich gerne bereit bin, bei der Erarbeitung eines Integrationsleitbildes für die Gemeinde Köniz auf irgendeine Art mitzuwirken. Die CVP/EVP-Fraktion bittet das Parlament, die Motion zu unterstützen.

Frau Elsbeth Troxler (SP): Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates. Das ist nun der zweite Anlauf: Vor ziemlich genau drei Jahren wurde die Motion (0103) betr. Förderung der Integration von ausländischen Staatsangehörigen abgelehnt und abgeschrieben. Ich bin sehr froh darüber, dass ein neuer Vorstoss zustande gekommen und er auf guten Wegen ist. Liz Fischli und Ignaz Caminada haben alles Wichtige gesagt und ich ergänze einiges, mir speziell Wichtiges: Für die Gemeinde Köniz gilt dasselbe wie schweizweit: Das Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten läuft grosso modo gut, es gibt jedoch Schwachstellen mit mehr oder weniger Konfliktpotenzial. Ich denke an Schulen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern. Schade, dass die Schüler der 9c nicht mehr anwesend sind und uns direkt erklären können, wie sie das Zusammenleben empfinden. Ein sehr grosses Problem sind die fremdsprachigen SchulabgängerInnen ohne Aussicht auf eine Lehrstelle usw. Im Bereich Alter und Migration zeichnen sich ebenfalls neue Bedürfnisse, vielleicht auch Probleme ab: Es gibt immer mehr ältere Migrantinnen und Migranten, die hier bleiben und nach der Pensionierung nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren. Welche Bedürfnisse haben sie und muss die Gemeinde Köniz hier aktiv werden? Köniz unternimmt bereits viel für ein gutes Zusammenleben. Ich konnte mich anlässlich diverser Gespräche davon überzeugen lassen. Die Zusammenarbeit zwischen der Schulabteilung, der Fachstelle Prävention, der Polizeiabteilung usw. ist gut. Ich bin sehr froh, dass die Gemeinde gemäss einer der Empfehlungen der Tripartiten Agglomerationskonferenz handelte und eine Anlaufstelle - seit November 2005 die Abteilung soziale Einrichtungen - für all diese Fragen schuf. Die SP-Fraktion bittet euch, die Motion anzunehmen.

Frau Evelyn Bühler (FDP): Als Mitunterzeichnende möchte ich nur kurz die Wichtigkeit dieser Vorlage unterstreichen. Letzte Woche erschien der Bericht zur Integration des Bundesamtes für Migration. Die Fakten sind bekannt und die Problembereiche erkannt. Im Weiteren verabschiedete die Bundesversammlung das neue Ausländergesetz, dessen 8. Kapitel der Integration gewidmet ist. Der Bund allein kann aber keine Integration umsetzen. Integration ist, wie im Bericht erwähnt, eine Querschnittsaufgabe, die von der Gesellschaft, von eidgenössischen, kantonalen und lokalen Behörden zusammen wahrgenommen werden muss. Bund und Kantone können den Rahmen abstecken und Massnahmen fördern, aber die effektive Integration geschieht in der Gemeinde. Dort, wo Ausländerinnen und Ausländer wohnen, zum Teil arbeiten, zur Schule gehen, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und allenfalls Sozialhilfeempfänger werden oder sind. Deshalb ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat über die einzuschlagende Richtung reflektiert und die Diskussion aufgreift. Mit der Erstellung eines Leitbildes macht er den ersten Schritt. Ich bitte euch um Unterstützung der Motion.

Frau Brigitta Matter (SD): Mit der Motion der Parlamentslinken, welche vom Gemeinderat fordert, ohne Wenn und Aber ein Integrationsleitbild zu erstellen, soll der Gemeinde eine neue Aufgabe übertragen werden, die nach unserer Meinung mit den heutigen politischen Rahmenbedingungen unlösbar und deren Kosten unübersehbar ist. Die Schweizer Demokraten lehnen diese Motion deshalb in aller Form ab. Den Motionären ist durchaus eine gute Absicht zuzugestehen, denn es ist klar, dass die grosse Zahl der nicht integrierten AusländerInnen zwangsläufig zu ernsthaften Problemen im Zusammenleben führen muss. Bemühungen zur Integration sind also sicher unterstützungswürdig, nur und das ist der erste schwergewichtige Kritikpunkt: Ohne lang dauernde, intensive Mitarbeit der Zuwanderer - die aus immer weiter entfernten Kulturen kommen - ist eine Integration nicht möglich. Das bedeutet, dass diese Einwanderer nötigenfalls mit sanftem Druck zu Sprachkursen, zu staatspolitischen Schulungskursen, zu beruflichen Weiterbildungskursen usw. angehalten werden müssen. Dafür fehlt der Gemeinde nicht nur - wie der Gemeinderat selber sagt - eine Rechtsgrundlage, er kann auch keine schaffen, da ihm im rechtstaatlichen Aufbau unseres Staates die Kompetenzen dazu fehlen. Der Gemeinderat in der Zusammensetzung von 2003 war ehrlicher als der heutige; er stellte damals schlicht fest, dass die ähnlich lautende Motion unerfüllbar sei und beantragte deren Abschreibung. Der zweite Kritikpunkt: Die Motionäre weisen darauf hin, dass heute Menschen aus 114 Nationen in Köniz leben und nach ihrer Auffassung die Zahl der Ausländer weiter zunehmen werde. Wenn diese Wahrheit als unabänderliches Schicksal verstanden wird, können wir ruhig auf die anvisierten Massnahmen verzichten, sie werden - ausser neuen Kosten für den Gemeindehaushalt - nichts bringen. Es sollte bekannt sein, dass Multikulti-Experimente auf der ganzen Welt gescheitert sind, Ghettobildungen sind unausweichlich, wenn die zahlenmässige Voraussetzung zur isolierten kulturellen Lebensweise der einzelnen Bevölkerungsgruppen gegeben ist. Die von gewissen Kreisen geförderte Dauereinwanderung in unser Land sabotiert damit von vornherein jede noch so gut gemeinte Integrationspolitik. Wenn das Problem von der Gemeinde wirksam angegangen werden soll, ist Folgendes zu tun: Der Wachstums- und Einwanderungspolitik ist gezielt entgegenzuwirken. Es ist selbstschädigend, wenn Hunderte, ja Tausende neue Wohnungen erbaut werden, obwohl absolut kein Bedarf für die einheimische Bevölkerung besteht. Der damit geschaffene Sog beschert uns andauernd neue Integrationsprobleme. Durch eine kluge Schulkreispolitik ist dafür zu sorgen, dass die Integration der Jugendlichen überhaupt möglich bleibt. Wenn es Schulklassen mit klaren Minderheiten einheimischer bzw. nicht integrierter Kinder gibt, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn es im Zusammenleben der Jugendlichen Schwierigkeiten gibt. Unsere Rechtsvorstellungen sind kompromisslos auch bei Ausländern durchzusetzen. Das gilt sowohl im Schulbereich wie auch bei der Fürsorge und im Arbeitsmarkt. Unser dritter Kritikpunkt ist zugleich eine Anregung: Es ist nicht einzusehen, wieso die Allgemeinheit für die Integrationskosten von neu zuziehenden Arbeitskräften aus allen Herren Ländern aufkommen soll. Jene Arbeitgeber, welche billige Arbeitskräfte irgendwo in der EU oder ausserhalb anwerben wollen, sollen dazu verpflichtet werden, diese zu übernehmen. Zu prüfen, wie solches gesetzgeberisch anzuwenden wäre, betrachte ich als eine Aufgabe der Rechtsgelehrten in unserer Gemeindeverwaltung. Ich bitte das Parlament aus all diesen Gründen, die Motion abzulehnen. Vergessen wir nicht, dass ohne lang dauernde intensive Mitarbeit der Zuwandernden keine Integration möglich ist. Da hilft auch kein Integrationsleitbild.

Herr Ueli Salvisberg (SVP): Die SVP-Fraktion steht klar hinter der Ausarbeitung eines Integrationsleitbildes, zumal wir mit diesem übergeordnetem Recht entsprechen. Wir brauchen solche Leitplanken, damit wir jetzt und in Zukunft den zugewanderten Volksgruppen klar aufzeigen können, wo und wie ihr Lebensspielraum sein kann. Ein solches Leitbild muss auf der Basis von Geben und Nehmen aufgebaut sein. Wir haben einerseits die Abteilung für soziale Einrichtungen, die als Anlaufstelle dient und andererseits sollen sich die ausländischen und eingebürgerten - das sage ich mit aller Deutlichkeit - Staatsangehörigen, aufgrund der Unterstützung der Gemeinde so eingliedern können, dass eine friedliche Koexistenz aufgebaut werden kann, die für alle stimmt. Wenn das Leitbild die genannten Anforderungen erfüllen kann, machen wir einen Schritt in die richtige Richtung. Zu Frau Fischli: Sie haben erklärt, das Integrationsleitbild solle auf die Website von Köniz aufgenommen werden. Aber Ausländer, die eingebürgert werden wollen oder bei uns leben, können diese Website vielleicht nicht bedienen, weil das Know-how dazu fehlt.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Die FDP/jfk-Fraktion sagt ebenfalls Ja zu dieser Motion. Wir stellen jedoch klar fest, dass es hier um die Übernahme einer freiwilligen Aufgabe geht und in diesem Sinne werden wir nicht zu allem bereit sein. Wir sehen das Leitbild im Sinne eines Gesamtkonzeptes, gemäss der Antwort des Gemeinderates. Wir wollen auch, dass Schwerpunkte gesetzt und die Hauptprobleme aufgezeigt werden, das kann die Integration an Schulen sein oder Integration durch Sprache. Weiter möchte ich festhalten, dass die FDP/jfk-Fraktion nur teilweise mit der Begründung der Motion übereinstimmt. Aus den oben genannten Punkten können wir der Motion zustimmen.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zuerst danke ich für die gute Aufnahme der Beantwortung. Zu Frau Matter: Ich bin dezidiert anderer Meinung. Über Integration wird viel gesprochen und es gibt unzählige Definitionen davon. Mit der Motion wird gefordert, dass wir uns in Köniz vertiefte Überlegungen dazu machen, die Richtlinien der Könizer Integrationspolitik in einem Leitbild festzuhalten und die rechtlichen Grundlagen vorzulegen und umzusetzen. Was aber bedeutet Integration? Dieser Begriff bezeichnet einen Prozess, der in unserem Land eine grosse Tradition hat und seit Jahrhunderten erfolgreich praktiziert wird. Menschen mit verschiedenen Sprachen, Religionen und Mentalitäten, haben immer wieder Wege gefunden, hier miteinander und nebeneinander zu leben und haben uns so zu grossem Wohlergehen verholfen. In den meisten Fällen wird aber beim Thema Integration - so heute im Volksmund - zuerst von Ausländern gesprochen. Man sagt, was sie besser und anders machen sollen und hat dazu einen Ratschlag oder ein Rezept zur Hand, wie diese Verbesserung umzusetzen sei. Das ist kein guter Zugang zur Thematik Integration. Wir wollen vielmehr betonen, dass bei vielen ausländischen Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern grosses Interesse vorhanden ist, sich bei uns zu integrieren. Integration ist ein Geben und Nehmen und geht uns alle an. In diesem Sinne bitte ich euch, die Motion anzunehmen.

Herr Christian Vifian (SP): Ich will noch etwas Formales loswerden: Fast jede Fraktion hat erklärt, dieser Motion zuzustimmen und es ist eine rhetorisch immer wieder gute Waffe, wenn man - wie es Frau Matter tat - sagen kann, dass etwas "von der linken Parlamentsseite" eingegeben wurde. Wenn alle Bürgerlichen nun zu "den Linken" gehören, bin ich ab heute ein so genannter Postkommunist oder wir sind von heute Abend an - was mich natürlich noch mehr freuen würde - ein ganz klar links dominiertes Parlament.

Herr Daniel Oester (jfk): Ich freue mich schon auf das versprochene Bier und war bei diesem Geschäft hier gerne ein so genannter Linker. Ich werde die nächsten dreieinhalb Jahre - oder wenn ich wiedergewählt werde, noch länger - bei jedem Geschäft hier vorn sprechen und meine stets gleiche Forderung nach weniger Ausgaben deponieren. Mit diesem Integrationsleitbild, wird erklärt, würden langfristig Kosten gespart und es wäre gut, wenn bei dessen Vorliegen bereits klar gesagt werden kann, wo genau Sparmöglichkeiten vorhanden sind.

Mit 32 : 1 Stimmen, bei 5 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die überparteiliche Motion GB, SP, GFL/LdU, EVP, CVP (0524) betr. Integrationsleitbild wird erheblich erklärt.

9. Interpellation SP/JUSO betr. Mobilfunkantennen

Beantwortung 0527; Direktion Planung, Umwelt und Verkehr

Der Parlamentspräsident: Da mehr als 10 Stimmen eine Diskussion unterstützen, wird diese gewährt.

Frau Stephanie Staub (SP): Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung der Interpellation. Das Lesen der Antwort stimmte mich nicht sehr euphorisch. Vor allem ist sie jedoch nicht im Sinne der damaligen Interpellantin, Frau Katrin Sedlmayer, die nun, weil sie auf Anfang 2006 in den Gemeinderat gewählt wurde, die Interpellation selber beantworten kann. Wo liegt das Problem? Das heisse Eisen, der Bau von Mobilfunkantennen, wird von einer Stelle an die andere weitergegeben. Die Gemeinde kann nichts tun, weil es sich um eine Bundeszuständigkeit handelt. Bundespräsident Moritz Leuenberger kann die Strahlenwerte nicht verschärfen, weil er bei seinen Kollegen wahrscheinlich keine Mehrheit dafür finden wird. Der Bundesrat hat keine Entscheidungsbefugnis, um einen Baustopp für die UMTS-Antennen zu errei-

chen, da die Konzessionen dafür durch die KomKom (Eidgenössische Kommunikationskommission) erteilt werden, also unabhängig von Bundesrat und Verwaltung. Das Bundesgericht kann nichts tun, weil es sich an die Grenzwerte des Bundesrates hält und sich nicht die Finger mit der Behandlung von Fachfragen verbrennen möchte, d.h. für gesundheitliche Probleme von sensiblen Anwohnenden im Nahbereich von Mobilfunkantennen. Ich muss feststellen, dass sich hier "die Katze in den eigenen Schwanz beisst". Wie wir der Antwort des Gemeinderates entnehmen können, will Köniz sich auch nicht zu jenen Gemeinden zählen, die eine politisch proaktive Haltung zeigen, wie z.B. die Stadt Bern, Burgdorf, Münsingen; nachzulesen in der Zeitschrift Saldo vom 12. April 2004. Die Präsidialdirektion der Stadt Bern ist z.B. der Meinung, dass das vorgeschlagene Qualitätssicherungssystem zur Überprüfung von Antennendaten nicht genüge und somit genüge der Grenzwert weder dem Bundesgericht noch den Ansprüchen der Anwohnenden. Dadurch gesellt sich Bern zu Burgdorf und anderen Gemeinden, welche über den Umweg der Qualitätssicherung ein Mobilfunkantennen-Moratorium vornehmen. Unsere Gemeinde schaffte es immerhin, ein Moratorium bei gemeindeeigenen Bauten zu erlassen. Somit ist eine gewisse Sensibilität gegenüber Anwohnenden im Strahlungsbereich von Mobilfunkantennen vorhanden. Jedes Baugesuch stösst auf Opposition und zeigt den Behörden, dass die Bevölkerung Angst vor unbekannter Strahlung hat. Aufgrund der politischen Brisanz betreffend Mobilfunkantennen wird die SP-Fraktion das Thema weiterverfolgen und allenfalls einen Vorstoss betreffend Antennenhöhe oder deren geplanter Anzahl auf Gemeindegebiet machen. Ich erinnere kurz an etwas: Als in Kaiseraugst das Atomkraftwerk erbaut werden sollte, erhob sich die Bevölkerung gegen die Behörden und protestierte heftig und mit Erfolg, denn sonst würden heute in der Schweiz vielleicht zehn Atomkraftwerke stehen, deren Atommüll entsorgt werden müsste. Ich habe etwas mitgebracht: Ein Licht für Velos, welches der VCS während Jahren erfolglos einzuführen versuchte. Das Licht sei nicht gesetzeskonform wurde immer wieder beschieden. Nun, im Jahr 2006 ist es plötzlich gesetzeskonform. Mein Fazit daraus: Steter Tropfen höhlt den Stein.

Herr Bernhard Bichsel (jfk): Wie so oft, wenn es um Themen wie Strom, Funk oder Ähnliches geht, fühle ich mich als Elektroingenieur fast genötigt, etwas dazu zu erklären. Ich hoffe, dass die Strahlenwerte in der Schweiz nicht verschärft werden, denn wir sind bereits heute um Faktor 10 tiefer als die EU. Eine Senkung der Strahlenwerte würde jedoch bedeuten, dass mehr Mobilfunkantennen erstellt werden müssten. Zur UMTS-Technologie möchte ich Folgendes sagen: Wenn neue Technologien eingeführt werden, verschwinden häufig Antennen von alten Technologien, siehe Natel-C. Die Zuwachsraten bei UMTS zeigen, dass das Bedürfnis bei der Bevölkerung vorhanden ist. Vielleicht will auch jemand von uns in diesem Sommer den Fussballmatch im Könizer Bad mitverfolgen können.

Herr Hermann Gysel (EVP): Da ich bei der Swisscom arbeite, bin ich bei diesem Thema befangen. Ich mache jedoch keine Werbung für die Swisscom, sondern gebe zwei Punkte zu bedenken: Je mehr Antennen vorhanden sind, je kleiner ist der Kreis der bestrahlten Umgebung, je kleiner ist die Leistung und je weniger wird das gesundheitliche Folgen haben. Eigentlich müsste man für das Aufstellen von mehr Antennen sein, die alle eine möglichst kleine Leistung haben. Der Vergleich mit dem AKW ist auch nicht ganz konsequent. In der Schweiz lassen wir den Strom bald im Ausland produzieren und den Hauptproduzenten Frankreich für die Entsorgung des Atommülls besorgt sein. Wären alle unsere Mobilfunkantennen in Frankreich aufgestellt, würden unsere Handys jedoch viel stärker strahlen und die Batterien wären sehr schnell leer.

Herr Hanspeter Kohler (FDP): Wir werden 24 Stunden im Tag durch Strahlen "belästigt", wie z.B. zuhause von drahtlosen Telefonen oder den neuen Plasma- oder LCD-Bildschirmen. Die Frage ist, wie weit das eine Rolle spielt. Vielleicht ass jemand heute Abend ein Pilzrisotto und je nach dem, woher die Pilze kommen, sind nun ionisierende Strahlen im Körper vorhanden. Über die Strahlung von Mobilfunkantennen sind relativ viele Studien vorhanden, wie z.B. eine kürzlich veröffentlichte, welche einen Zusammenhang zwischen Handys und Hirntumoren untersuchte. Bis anhin konnte in keiner Studie festgestellt werden, dass die Inzidenz von Hirntumoren wegen der Strahlung von Handys direkt am Kopf zugenommen habe. Mein Erstberuf war Fernseh- und Radioelektroniker und die Strahlung von Mobilfunkantennen ist nicht mit der Strahlung von stundenlangem Telefonieren mit Handys zu vergleichen.

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Es ist sehr speziell, den eigenen Vorstoss zu beantworten. Ich reichte den Vorstoss damals ein, weil ich immer wieder mit Ängsten von Personen aus meiner Umgebung konfrontiert wurde, die sich wegen der vielen Mobilfunkantennen unsicher fühlen. Ich selber sehe von meinem Haus auf drei solche und kann die Ängste verstehen, weil diese Antennen, im Gegensatz zum Fernseher oder zum Telefon, etwas Neues sind. Die Unsicherheit betreffend Wirkung beschäftigt die Bevölkerung stark. Im Gegensatz zu meinem Genossen Alexander Tschäppät, dem Stadtpräsidenten von Bern, bin ich nicht der Meinung, das neue System sei schlecht. Ich bin der Meinung, es sei eine wesentliche Verbesserung, weil die effektiv eingestellte Leistung der Mobilfunkantennen alle 24 Stunden automatisch einmal überprüft wird, was gemäss Auskunft vom Beco genügt. Zudem wird das System von einer unabhängigen Instanz überprüft. Die Swisscom verfügt über ein System, das eine falsche Einstellung verhindert, die Technik geht auch hier rasant vorwärts. Zu den Studien: Immer noch fehlen Langzeitstudien. Der VRB befasste sich mit der Mobilfunkantennen-Problematik und forderte den Bundesrat auf, weitere Studien im Langzeitbereich zu forcieren. Eine schon länger erwartete Studie - auch keine Langzeitstudie - zum Thema UMTS wurde noch nicht veröffentlicht, aber gewisse Gemeinden entschieden sich trotzdem für ein Mobilfunkantennen-Moratorium. Zum Thema AKW: Hier ist der Vorteil, dass wir auf dem Gebiet der Stromerzeugung über Alternativen verfügen. Leider sehe ich keine Möglichkeit zu reagieren, denn ein Moratorium kann Mobilfunkantennen vielleicht für zwei Monate verhindern, aber nach Klagen der Anbieter werden Gemeinden zum Aufstellen von Mobilfunkantennen verpflichtet. Ich reichte die Interpellation ein, damit der Gemeinderat Stellung zum Thema Mobilfunkantennen und einem eventuellen Moratorium nehmen muss. Wir haben diese Thematik im Gemeinderat diskutiert und bemerkt, dass Informationsbedarf vorhanden ist. Wir werden, um die Bevölkerung besser zu informieren, in einem nächsten "Köniz Innerorts" einen Artikel zum Thema Mobilfunkantennen veröffentlichen. Auch werden wir, wenn Personen gegen die Aufstellung einer Mobilfunkantenne einsprechen, diese einladen und mit ihnen über die Problematik diskutieren. Ich nehme mir vor, wenn das Aufstellen einer Mobilfunkantenne viele Einsprachen generiert, eine Informationsveranstaltung mit Fachleuten zu veranlassen.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

10. Motion Deuber betr. Vorstossembargo

Beantwortung 0528; Parlamentsbüro

Herr Hugo Staub (SP): Das Vorstossembargo führte letztes Jahr zu einem ziemlich langen Stau an nicht behandelten Vorstössen und es war uns nicht möglich war, ihn noch in der alten Legislatur abzuarbeiten. Dieser Umstand stört uns mehr als Polemik im Wahljahr. Mit einem Vorstossembargo kann auch im Wahljahr Polemik im Parlament nicht vermieden werden, denn polemische Voten können unter dem Traktandum Verschiedenes abgegeben werden. Deshalb überwiegen für uns eindeutig die Nachteile des Embargos. Diese Auffassung teilten am 19. Dezember 2005 33 Parlamentsmitglieder und auch das Parlamentsbüro kommt zur Auffassung, diesen alten Zopf abzuschaffen. Der Gemeinderat ist anderer Meinung und wir nehmen dessen Bedenken zur Kenntnis. Wir gehen jedoch davon aus, dass während der ganzen Legislatur und nicht nur während des letzten halben Jahres keine Profilierungsvorstösse eingereicht werden sollen. Wir empfehlen euch aus den genannten Gründen, die Motion zu überweisen.

Herr Urs Maibach (GB): Die hohe Anzahl an Unterzeichnenden zeigt auf, dass vielen Parlamentsmitgliedern die Abschaffung des Vorstossembargos ein grosses Anliegen ist. Wir von der Grünen Fraktion mussten die Regelung letztes Jahr am eigenen Leib erfahren. Eine Motion blieb wegen dieses Mechanismus hängen und bei der Behandlung des Vorstosses im Parlament hatte sich der Motionsgrund derart verändert, dass eine Einflussnahme nicht mehr möglich war. Somit macht es keinen Sinn, Vorstösse - auch wenn sie begründet sind - im letzten halben Jahr vor Legislaturende überhaupt einzureichen. Es gipfelte sogar darin, dass das überparteiliche Postulat (0517) betr. Aufnahmestopp familienergänzende Kinderbetreuung dreimal vertagt werden musste und interessierte Besucher dreimal Anlauf nehmen mussten, um der Behandlung beizuwohnen. Die Begründung, dass während dem Wahljahr Vorstösse aus Profilierungsgründen stark zunehmen würden, scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Gute und berechtigte Vorstösse darf es auch während dieser Zeit geben und solche, die nur aus

Profilierungsgründen eingereicht werden, werden sicher erkannt und würden eher kontra-produktiv wirken. Die Grüne Fraktion wird der Annahme der Motion zustimmen.

Mit 35 : 0 Stimmen, bei 4 Enthaltungen, fasst das Parlament folgenden

Beschluss:

Die Motion Deuber (SP) 0528 betr. "Vorstossembargo" wird als erheblich erklärt.

11. Verschiedenes

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Zur Verlängerungsfrist für die Motion 0311 betr. Start Projektierung einer Ballsporthalle und Vorlegen eines Projektierungskredites äusserte sich bereits Verena Rohrbach in der alten Legislatur, weil sie der Meinung war, dieser Vorstoss sei vergessen worden. Ich zog das Geschäft im Gemeinderat zurück und bin froh, dass die Frist vom Parlamentsbüro verlängert wurde. Kurz zur Situation: Die Burgergemeinde Bern entschied sich, das Areal nicht dem Schwimmbad zur Verfügung zu stellen, also wird die Stadt Bern zusammen mit der Gemeinde Köniz auf diesem Areal - wenn wir so weit sein werden - eine Ballsporthalle realisieren. Eine erste Sitzung fand bereits statt und es wurde vereinbart, die Öffentlichkeit beim Vorliegen des Projektierungskredites zu informieren.

Herr Harald Henggi (FDP): Am 28. April 2006 erhielten die Fraktionen elektronische Post vom Leiter des Rechtsdienstes, Roland Feuz. Im Dezember 2005 verabschiedete das Parlament das neue Verwaltungsorganisationsreglement und am 26. April 2006 beschloss der Gemeinderat die dazu gehörende Verwaltungsorganisationsverordnung. Die neue Organisation hat zahlreiche Umbenennungen zur Folge und zieht die Anpassung verschiedenster Reglemente und Verordnungen nach sich. Reglementsänderungen sind Sache des Parlamentes. Es geht jedoch bei den betroffenen Reglementen nur um rein redaktionelle Änderungen und die GPK wurde angefragt, ob der Einfachheit halber der Gemeinderat diese selber vornehmen kann. Beim Bund kann z.B. die Bundeskanzlei solches in eigener Kompetenz vornehmen. Die GPK stimmte dem Vorgehen unter der Zusicherung zu, dass den Fraktionen die betroffenen Reglemente vorgelegt werden, was mit dem Mail der Fall war. Ich orientiere hiermit das Parlament und gehe davon aus, dass wir zustimmen.

Der Parlamentspräsident: Da niemand dagegen einspricht, wird der redaktionellen Änderung der Reglemente zugestimmt.

Folgende Vorstösse wurden eingereicht:

0608 Postulat Mäder (SP) betr. Konzept sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz

0609 Postulat Grüne Köniz betr. maximal Tempo 50 innerorts auch auf Kantonsstrassen

0610 Interpellation Grüne Köniz betr. Gefährdung der Velofahrenden beim sanierten Bahnhof Moos

Frau Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich weise darauf hin, dass Morgen in der Aula des Oberstufenzentrums Köniz die etwa zweieinhalb Stunden dauernde Kick-off-Veranstaltung des Raumentwicklungskonzeptes (REK) stattfindet, wozu ihr herzlich eingeladen seid. Ich habe vernommen, dass um die Besetzung der 11er-Kommission des Parlamentes bereits ein "Gerangel" herrsche, was mich freut, denn es ist wichtig, dass das Parlament gut vertreten ist.

Neben der Parlamentskommission wird eine Bevölkerungsgruppe an diesem REK mitarbeiten, die aus einer Vertretung möglichst aller Ortsteile von Köniz bestehen soll.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): In der Antwort des Postulates 0522 betr. Belegung des Kultur- und Begegnungszentrums in Köniz haben wir euch ein Kulturkonzept bis Ende März 2006 in Aussicht gestellt. Letzten Mittwoch informierte ich den Gemeinderat über den Stand der Arbeiten und teilte mit, dass das Kulturkonzept erst Ende Juli vorliegen wird. Gründe dafür: Die Arbeiten zeigen sich schwieriger als vorausgesehen und die Kulturbeauftragte, Frau Martha Häberli, wurde durch die Ausstellung Mumprecht im Gemeindehaus Bläuacker stark beansprucht.

Herr Valentin Lagger (CVP): Auch ich war gestern am mehrmals erwähnten Fussballmatch und bin der Meinung, dass YB eher defensiv spiele. Im Zusammenhang mit der Realisierung einer Ballsporthalle wurden etliche Vorstösse eingereicht. Immer wieder hörten wir den fest

geäusserten Willen, man wolle etwas tun. Immer wieder wurden Standorte geprüft, Aktionen gemacht, öffentliche Versprechen abgegeben. Leider hat man nie etwas Sichtbares gesehen. Die Frist für die Erfüllung der Motion 0311 wird nun verlängert. Ich glaube jedoch an Gernot Rohr und die Young Boys und ebenso an die Realisierung der Ballsporthalle.

Frau Elisabeth Troxler (SP): Auf euren Pulten lag der Jahresbericht der juk vor. Am 26. April 2006 nahm ich an der Hauptversammlung im kleinen Kreis statt. Ich empfehle, den Bericht zu lesen, er ist sehr interessant und ich bin beeindruckt von der Arbeit und vom Betrieb in den Jugendtreffs der Gemeinde Köniz. Die Präsidentin der juk, Frau Beatrice Ritschard, lobte die gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Köniz, die auch ohne Leistungsvereinbarung funktioniert. Meine Frage: Weshalb ist die Ermächtigung des Kantons noch nicht vorhanden? Die Situation ist für den Verein ohne diese schwierig. Noch Folgendes: Das juk-Fest im letzten September musste infolge Reklamationen von Anwohnenden abgebrochen werden. Dieses Jahr muss das juk-Fest nun im Gaskessel in Bern, stattfinden. Es ist ein Armutszeugnis für unsere Gemeinde, wenn wir die Jungen nach Bern verbannen.

Herr Ignaz Caminada (CVP): Ich habe eine Frage zur Baustelle betreffend Sanierung der Scherlibrücke und des Bahnhofes in Niederscherli. Die Bevölkerung wurde zwar sehr gut über das Vorhaben informiert, aber wer ist in der Gemeinde zuständig für die Sicherheit des Verkehrs und der Fussgänger bei der Baustelle? Jeden Tag müssen sich Fussgänger, Auto- und Velofahrende anders orientieren, einmal kann auf der linken Strassenseite, ein anderes Mal auf der rechten gefahren oder zu Fuss gegangen werden, dann wieder übers Trottoir, usw. Pendler, die aus dem Zug steigen, müssen sich irgendwo zwischen Autos hindurch quetschen, weil kein Platz mehr vorhanden ist. Das Postauto hält einmal beim Bahnhof, am nächsten Tag beim Coop und dann wieder auf dem Parkplatz. Nach meiner Meinung könnte die ganze Situation mit einer entsprechenden Signalisation verbessert und entschärft werden.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich werde die Angelegenheit abklären, denn ich habe von diesem Problem gerade erst vorhin gehört. Zuständig für Baustellensicherungen ist die Abteilung Sicherheit.

Herr Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich bin Elsbeth Troxler noch eine Antwort betreffend Ermächtigungsgesuche schuldig: Wenn ich wüsste, wann diese Ermächtigungsgesuche eintreffen, würde ich das sofort bekannt geben. Der Leistungsvertrag läuft jedoch weiter, auch wenn die neue Ermächtigung noch nicht eingetroffen ist.

Frau Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Ich gebe Frau Troxler betreffend "Verbannung" des juk-Festes nach Bern Folgendes bekannt: Da ich bereits von Stephie Staub über den Fall informiert wurde, erkundigte ich mich bei den entsprechenden Stellen und erhielt folgende Antwort: Die juk verfügte über eine Bewilligung für das Fest, Musik bis 23.00 Uhr mit einer Lautstärke von 93 Dezibel abzuspielen und ab 23.00 Uhr mit 80 Dezibel. Nach 23.00 Uhr trafen Reklamationen von Anwohnenden ein, die Musik sei zu laut. Nach einer Kontrolle der Polizei vor Ort und einem Telefonat mit dem Veranstalter wurde die Situation geklärt und die Polizei musste nicht mehr einschreiten. Für ein juk-Fest in diesem Jahr wurde kein Gesuch mehr gestellt. Von unserer Seite her konnten wir demnach - weil keine Anfrage vorhanden ist - weder etwas verbieten noch etwas erlauben.

Herr Hugo Staub (SP): Gemeinderat Ueli Studer hat vorhin mit seinen Informationen betreffend Ballsporthalle - gewollt oder ungewollt - einem Wunsch von mir entsprochen, den ich letztes Mal unter dem Traktandum Verschiedenes vorbrachte, nämlich, dass die Liste der unerledigten parlamentarischen Vorstösse, bei welchen die Fristen abgelaufen sind, vom Gemeinderat kommentiert wird. Ich danke Ueli Studer dafür und fordere die übrigen Gemeinderatsmitglieder auf, dieses Vorgehen bei den sie betreffenden Vorstössen nachzuholen.

Herr Christian Vifian (SP): Ich möchte dem Gemeinderat und den betreffenden Sachbearbeitenden der Verwaltung ganz herzlich für die phänomenale Ausstellung Mumprecht im Gemeindehaus Bläuacker danken. Die Organisation einer solchen Ausstellung ist mit sehr viel Arbeit verbunden. Ich empfehle euch, die Ausstellung zu besuchen, denn sie bringt das Atrium des Gemeindehauses richtig zur Geltung. In meinen Augen hat die Ausstellung einen ganz kleinen Wermutstropfen: Sie heisst "Mumprecht im Gemeindehaus Köniz", aber besser tönen würde doch "Mumprecht im Stadthaus Köniz".

Der Parlamentspräsident: Die nächste Sitzung findet am 19. Juni 2006 um 19.00 Uhr statt.

Die bereits im Entwurf lange Traktandenliste hat zur Folge, dass sicher zwei Sitzungen stattfinden, d.h. reserviert euch den 26. Juni 2006.

Schluss der Sitzung um 21.45 Uhr

Für das Protokoll: Ruth Spahr

Im Namen des Parlamentes

Der Präsident Die Sekretärin

Niklaus Hofer Anita Fehlmann